

Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher



Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei W. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstraße 11, Fernsprecher 125. — Postfachkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstraße 4, Fernsprecher 125.

Ausgabenpreis: Die 2 mm breite Seite in 1 mm Höhe im Druck und Nachdruck-Verkehr 7 Bg., Familienanzeigen und Stellenanzeigen 5 Bg., auswärts 10 Bg., Bank- und Finanzanzeigen 12 Bg., die 7 mm breite Werbeanzeige in 1 mm Höhe 55 Bg. für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Bei zwangsweisen Beitreibungen der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Kontursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluss von Anzeigen abends 6 Uhr, für größere nachm. 1 Uhr.

Nr. 294.

Mittwoch, den 16. Dezember 1925.

97. Jahrgang.

Das Regierungsprogramm der Großen Koalition.

Eine einmalige Zuwendung an die Beamten. — Aufforderung an die Kommunalverwaltungen zur Inangriffnahme von Notstandsarbeiten.

Mehr Notstandsarbeiten.

Ein Erlass des Ministers für Volkswohlfahrt.

Berlin, 15. Dez.

Aus dem Erlass des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit: Dem raschen Anwachsen der Erwerbslosenziffern steht nur eine ungenügende Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten bei den Notstandsarbeiten gegenüber. Die Kommunalverwaltungen werden daher ersucht, mehr als bisher zur beschleunigten Inangriffnahme neuer Notstandsarbeiten zu schreiten. Um angesichts der finanziellen Notlage einer Reihe von Kommunalverwaltungen die Durchführung von Notstandsarbeiten zu erleichtern, erklärt sich der Minister damit einverstanden, wenn für diejenigen Arbeiten, bei denen anrechnungsfähige Erwerbslose aus solchen Gemeinden beschäftigt werden, in denen die Zahl der Haupterwerbslosen mindestens 2 Prozent der Einwohnerzahl erreicht, die Förderung mit Wirkung vom 15. Dezember ab über die bisherige Höchstgrenze das 3/4fache der Erwerbslosenunterstützung hinaus bis zum Fünftel ausgedehnt wird.

Die Förderung der Bauwirtschaft.

Einheitliches Vorgehen der Länder.

Berlin, 15. Dez.

Im Reichsarbeitsministerium fand heute unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Brauns eine Tagung der für das Wohnungswesen zuständigen Minister der Länder statt. Erörtert wurden Maßnahmen zur Förderung der Bauwirtschaft im Jahre 1926, besonders die Frage der Finanzierung der Neubauten und Verbilligung der Bauausführung. Einmütigkeit bestand darüber, daß möglichst einheitlich vorgegangen werde vor allem bei der Bewährung der öffentlichen Mittel für Bauzwecke. Die durch das Finanzgleichgesetz den Ländern auferlegte Verpflichtung, 15 bis 20 v. H. der Friedensmiete für Bauzwecke zur Verfügung zu stellen, muß voll erfüllt werden. Die rechtzeitige Bereitstellung der Mittel zur Finanzierung sei erforderlich. Eine planmäßige Durchführung aller Verbilligungsmöglichkeiten von der Beschaffung des Baugrundes bis zur Fertigstellung der Gebäude müsse angestrebt werden, um mit den vorhandenen Mitteln das Mögliche zur Behebung der Wohnungsnot zu erreichen.

Woher die hohen Preise?

Die Vertreter des Einzelhandels beim Kanzler.

Berlin, 15. Dez.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels teilt mit: Die Vorstandsmitglieder der Hauptgemeinschaft berichteten am 12. Dezember dem Reichskanzler persönlich über die ungenügende Entwicklung der Geschäftslage und wiesen auf die steigenden Kosten und den sinkenden Absatz hin. Sie sprachen den dringenden Wunsch aus, daß die Regierung die Konkurrenz des Einzelhandels mit den Konsumvereinen und den Handelsbetrieben öffentlicher Körperschaften sich frei auswirken lassen und nicht durch beschließende Eingriffe und Sondervergünstigungen beeinträchtigt werde. Der Reichskanzler erwiderte, daß die Volkswirtschaft sich nur bei völlig freier Konkurrenz unter gleichen Bedingungen von aller Art von Betrieben aufwärts entwickeln könne. Die bevorstehende allgemeine Wirtschaftsenquete werde Gelegenheit geben, die Ursachen der jetzigen Preise und die Spannen zwischen den Preisen der einzelnen Wirtschaftsklassen festzustellen. Die Vertreter der Hauptgemeinschaft erklärten ihre volle Bereitschaft zur Mitarbeit an dieser Enquete, haben aber, daß dieser grundsätzlichen Erklärung die Preisfrage nicht durch verbindliche Eingriffe öffentlicher Preisprüfungsstellen im Sinne der überhöhten Preisreihenvorgeschritten vorgegriffen werde.

Die evangelische Bischofsfrage.

Die endgültige Entscheidung verzögert.

Berlin, 15. Dez.

Der heutigen letzten Sitzung der Generalversammlung des Verfassungsausschusses vor, der den Generalversammlungsmitgliedern die Amtsbezeichnung evangelischer Bischof beilegt. Ein Gegenantrag beauftragt den Kirchenrat, der nächsten Tagung der Generalversammlung eine Vorlage über die anderweitige Amtsbezeichnung der evangelischen Bischöfe zu unterbreiten. Der Kirchenrat hat sich zu machen. Der Antrag wurde mit 131 gegen 73 Stimmen angenommen. Damit ist der geforderte Beschluß in erster Lesung hinfällig geworden und die endgültige Entscheidung der ganzen Frage bis zur nächsten Tagung der Generalversammlung, die voraussichtlich im Herbst 1926 stattfinden wird, vertagt.

Grundsätzliches Einverständnis der Parteien.

Die Richtlinien des Abgeordneten Koch. — Heute abschließende Beratung der Parteiführer.

Berlin, 15. Dez.

Die vom Abg. Koch in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den Führern der Parteien, die für die Große Koalition in Frage kommen und die heute vormittag stattfinden sollten, sind auf 2 Uhr vertagt worden, da noch die Notwendigkeit für verschiedene Rückfragen bestand. Der Abg. Koch hat inzwischen seine Richtlinien festgesetzt und die sozialpolitischen Programmpunkte heute vormittag mit dem Reichsarbeitsminister Brauns durchgesprochen. Dabei ergab sich, wie wir hören, völlige Übereinstimmung mit dem Reichsarbeitsminister und dem Abgeordneten Koch.

Um 2 1/2 Uhr nachmittags nahm die vom Abgeordneten Koch einberufene Konferenz der Parteiführer zur Erörterung des Programms ihren Anfang. Es waren erschienen für die Sozialdemokraten die Abgeordneten Müller-Franken, Dittmann, Hilferding und Wels, für das Zentrum die Abgeordneten von Guericke und Warg, für die Deutsche Volkspartei die Abgeordneten Dr. Scholz und Dr. Japp, für die Demokraten die Abgeordneten Dr. Haas und Erbeling, für die Bayerische Volkspartei Dr. Reich. Es ergab sich grundsätzliches Einverständnis, es wurde aber vorbehalten, daß die Fraktionen, die heute abend zusammentreten, noch Ergänzungen und Klarlegungen verlangen können. Die Führer treten morgen vormittag zu einer abschließenden Beratung über das Programm erneut zusammen.

Die Richtlinien, die der Abgeordnete Koch der Parteiführern vorlegte, sollen im Wortlaut erst veröffentlicht werden, wenn ihre endgültige Formulierung steht. Schon jetzt können wir mitteilen, daß sie auf ein politisch darauf hinführen, eine Lebendigmachung des Vo-

lcanogisches zu erreichen und daß der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die Beschleunigung bald befristet wird. Weiter wird betont, daß ein Zusammenarbeiten der europäischen Länder notwendig ist und daß eine Weltwirtschaftskonferenz geeignet sei, hier fördernd zu wirken.

Was die innenpolitischen Feststellungen betrifft, so wird hervorgehoben, daß der Zolltarif kein Selbstzweck sei, sondern ein Instrument, um eine möglichst große Ausdehnung des deutschen Handels in der Welt zu erreichen. Ferner wird die Frage der Steu- lung angeschnitten, die mehr als bisher gefördert werden müsse, besonders um den Inlandsmarkt zu stärken. Es wird die Notwendigkeit betont, daß die Wirtschaft rationalisiert wird. Um bei diesen Bemühungen zu einer höheren Wirtschaftlichkeit zu kommen, wird ein enges Zusammenarbeiten zwischen der Wirtschaft selber und der Reichsregierung, sowie den Regierungen der Länder gefordert, damit sie sich gegenseitig in die Hand arbeiten.

Es wird ferner die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Steuererträge verlangt. Eine Reihe von Forderungen werde auf sozialpolitischem Gebiet gestellt. Die Vorgesprächen mit dem Reichsarbeitsminister haben hier bereits eine Grundlage gegeben. Im Arbeitsministerium liegt bereits ein Gesetzentwurf vor, der alle Arbeitszeitfragen zusammenfaßt (Rundschutz, Schutz der Frauennarbeit, Sonntagsarbeit usw.). Hinsichtlich der Ratifikation des Washingtoner Abkommens wird gesagt, daß sie gleichzeitig mit Frankreich, Belgien und England erfolgen sollte, damit eine gewisse Gegenseitigkeit der hauptsächlichsten Industrieländer gewährleistet wird.

Einmalige Auszahlung an die Beamten.

Für Gruppe 1—4 ein Viertel, für 5 und 6 ein Fünftel des Monatsgehalts vor Weihnachten.

Berlin, 15. Dez.

Um 1,20 Uhr eröffnete Präsident Loebe die Sitzung. Die am Montag abgebrochene Beratung der Anträge Erhöhung der Beamtengehälter wird fortgesetzt.

Abg. Groß (Ztr.) betont die Notwendigkeit, aufklärend auf die ausgedehnten Massen der Beamten einzuwirken. Der Redner beantragt, gerade die am meisten notleidenden Kriegsteilnehmer besonders zu berücksichtigen. Eine gemeinsame Aktion des Reichstages zur Neuordnung der Beamtengehälter würde den besten Eindruck gemacht haben.

Abg. Dauer (Vahr. Vpt.): Die Reichsbahn treibt ein rücksichtsloses Sparprogramm gegenüber dem Publikum und ihren Beamten. Die Verteilung der Zulagen an die Reichsbahnbeamten müßte

fortwährend und verheerend

auf den Beamtenkörper wirken. Abg. Dietrich-Franken (Nationalsoz. Freiheitsbew.) erklärt, für diese Reichstagsverhandlungen gelte das Wort: Viel Böses um nichts! Was man jetzt den Beamten geben wolle, sei noch nicht die Hälfte von dem, was gefordert wurde.

Reichskanzler Dr. Luther erklärt, daß er im Namen der geschäftsführenden Reichsregierung noch einmal auszusprechen müsse, daß es hier unmöglich ist, einen Beschluß durchzuführen, der eine Dauerregelung vorsehe und damit auch die kommende Regierung binden würde. Andererseits hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß für die Beamten mindestens in ihren notleidenden unteren Gruppen

Positives im Rahmen unserer beschränkten finanziellen Möglichkeiten geschieht.

Die Regierung ist auch damit einverstanden, daß in dem Antrag der Bayerischen Volkspartei das Frauengeld von 5 auf 10 Mark erhöht wird. Dieser Antrag bringt eine soziale Regelung, bei der die Mittel dahin fließen, wo sie am meisten gebraucht werden. Den Beamten nicht es, wenn hier theoretisch weitergehende Beschlässe gefaßt werden, denen dann der Reichstag nicht zustimmen kann. Der den Beamten wirklich helfen will, der sollte dem Antrag der Bayerischen Volkspartei mit der erhöhten Frauenzulage zustimmen. (Weißall in der Mitte, Beifall bei den Kommunisten.)

Damit ist die Aussprache beendet. Zu dem Antrag des Haushaltsausschusses liegt ein Antrag Friedl (Völk.) vor, der die Regierung ersucht, unverzüglich eine neue, auf der Grundlage eines ausreichenden Existenzminimums aufgebaute Besoldungsordnung vorzulegen. Der Antrag wird im Sammelgespräch mit 209 gegen 138 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

men. Der zweite Teil des Antrages, der eine einmalige Wirtschaftsbefreiung von 100 Mark verlangt, wird abgelehnt.

Vor der Abstimmung erklärte Abg. Steinkopf (Soz.), daß seine Partei notgedrungen auch für den Antrag der Bayerischen Volkspartei stimmen müsse, damit den Beamten vor Weihnachten überhaupt etwas gegeben werde. Der Antrag der Bayerischen Volkspartei wird darauf mit dem erhöhten Frauenzulage mit großer Mehrheit angenommen.

Danach wird als einmalige Notmaßnahme noch vor Weihnachten den Beamten, Wartegeld- und Ruhegehaltsempfängern, Beamtenhinterbliebenen und Angehörten der Gruppen 1 bis 4 eine Zuwendung in Höhe von einem Viertel des Dezemberbezuges, den Beamten der Gruppen 5 und 6 eine solche in Höhe von einem Fünftel des Dezemberbezuges gezahlt, mindestens aber den Bediensteten 30 Reichsmark, den Empfängern eines Frauenzulages 40 Reichsmark, den Empfängern von Kinderzuschlägen oder Kinderbeihilfen für jedes Kind mindestens 5 Reichsmark und den Vollwaisen mindestens mindestens insgesamt 10 Reichsmark. Die Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen erhalten ein Viertel der Dezemberbezüge.

Angenommen wird eine demokratische Entscheidung, auf die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft einzuwirken, daß sie den Ausgeschiedenen gewähre Darlehen zum vollen Betrage niederzulegen. Bis zur Durchführung dieser Maßnahme soll die Einziehung fälliger Beträge einmündel unterbleiben. Gleichfalls zur Annahme gelangt ein Antrag Graf Westarp (Dn.), der einen Gesetzentwurf fordert, der die

Pensionsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister

den jetzigen Verhältnissen entsprechend regelt. Weiter wurde angenommen ein sozialdemokratischer Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift mit einer erschöpfenden namentlichen Uebersicht über die zurzeit laufenden Pensionen und Wartegelder sämtlicher Reichskanzler, Reichsminister, Staatssekretäre und Generale.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Entlastung des Reichsgerichts. Hier berichtet

Abg. Lohmann (Dn.) über die Ausschussverhandlungen.

Staatssekretär Koel weist darauf hin, daß die Geschäftslastverteilung durch die Ueberzahl der Revisionen entstanden ist. Die Vorlage wird darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr.

„Dinta“.

Die neue kommende Facharbeiterausbildung.

Von Max Schiefen, Westensfeld.

Das jähle Ringen der deutschen Industrie um die Wiedererreichung ihrer Vorkriegsstellung auf dem Weltmarkt, ihr verbissener und bis zur Erschöpfung geführter Kampf um ihre Existenz überhaupt, geben ein Bild von der guten und starken Kraft, die diesem Hauptfaktor unserer deutschen Wirtschaft innewohnt. Aber jetzt sind Wirtschaft und Industrie dank des Versailler Vertrages krank. Vieles ist zu ihrer Gesundung mit großer Spannung auf Erfolg unternommen worden. Jedoch alle Anstrengungen des zerrütteten Körpers, wieder hochzukommen, waren ergebnislos. Es lag wohl der Sitz der Krankheit zu tief in manchem Glied unseres Industrieskörpers. Manches Glied dieses feinen Organismus machte eine Zeit der Zerrüttung und des Zerfalls mit, die nicht allein das Glied, sondern das ganze Ganze in die Gefahr des Erlicgens brachte. Weitblickende Männer wiesen auf die Größe dieser überstandenen und noch in Aussicht stehenden Gefahren hin und suchten das Uebel bei der Wurzel zu fassen. Sie erkannten, daß zur Gesundung allerseits Hilfe not tue, die bei dem Hauptstumpfen fast jeglicher Produktion, beim Menschen im Betrieb, einsetzten müsse, und dadurch eine Nationalisierung unserer Wirtschaft bedingte. Erst wenn der Faktor „Mensch“ im Betriebe eines Werkes recht gewertet und bewertet wird, wenn er aber auch selbst richtig merkt, d. h. seine notwendige Mitarbeit am großen Ganzen richtig einschätzt und dadurch ein Zugehörigkeitsgefühl zum Werk in ihm erwacht, erst dann kann man mit Verachtung hoffen, daß unsere Industrie mit Erfolg rationalisiert.

Aus diesen Gedanken und Erwägungen heraus gründeten am 6. Oktober 1925 eine Anzahl namhafter Industrieller unter dem Vorsitz des Generaldirektors Dr. Böger das „Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung“ („Dinta“) mit dem Sitz in Düsseldorf. Gerade durch die Mitwirkung der führenden Leute in den verschiedensten Produktionszweigen regelte sich ein ungeheurer großer Fragenkomplex psychologischer und sozialwirtschaftlicher Art. Der Mangel der Industrierzeugung wird durch die Nachfrage geregelt und diese wiederum tritt nur bei guter Produktion ein. Diese, also d. h. die Umwandlung der Rohstoffe, ihre Veredelung, muß gehoben werden, und zwar durch eine Verbesserung der Fabrikationsmethode und des Trägers der Fabrikation, des Angestellten und Arbeiters, kurzum des Menschen, der mit dem Betrieb auf irgend eine Weise in Verbindung steht. Die Hebung des Menschen im Betrieb in fachlicher und sittlicher Hinsicht ist Arbeitsgebiet und Ziel des „Dinta“. Es sieht seine Hauptaufgabe darin, Männer zu erziehen, die die Arbeit als ein Unabgesehen zwischen Werk und Werksangehörigen erkennen, sodas die enge Verbundenheit zwischen Arbeitnehmer, Arbeit und Werk herrschen muß, deren anzustrebendes Ideal die enge Werkgemeinschaft sein soll. Deshalb soll jedes einzelne Werk im Sinne und mit Hilfe des „Dinta“ Ausgangspunkt dieser Reorganisation sein und zu dem Zweck Lehrwerkstatt, Werkshule und Alters- und Jugendheim einrichten.

In der Lehrwerkstatt findet die Erziehung des Lehrlings zur fachlichen Tüchtigkeit statt. Er lernt die Handgriffe und Kunst des Handwerkes kennen, wie er unter größtmöglicher Kräfteersparnis bzw. Kräfteausnutzung am praktischsten und besten arbeitet. Dem „Deutschen Institut für technische Arbeiterschulung“, mit dem die einzelnen Lehrwerkstätten in enger Fühlung bleiben, stehen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungsstelle für Schwerarbeiter zur Verfügung, sobald an Hand von sogenannten Arbeitsbildern die besten Arbeitsweisen festgehalten und dann in der Lehrwerkstatt weitergelehrt werden können.

Mit dem praktischen Unterricht in der Lehrwerkstatt geht die theoretische Ausbildung an der Werkshule Hand in Hand. In den Stunden: Betriebsrechnen, Fachkunde, Fachzeichnen, Lebenskunde usw. wird dem Lehrling nicht nur das für seinen Beruf unbedingt notwendige Wissen übermittelt, er bekommt auch einen Einblick in die komplizierte Maschinerie eines modernen Großbetriebes; in die wechselseitige Abhängigkeit von Arbeitnehmer, Arbeit, Werk, Wirtschaft und Weltmarkt; in die Art der Einigung seines geringen Loses in den Werkkörper. Andererseits wieder lernt er erkennen, daß er als Glied eines großen Körpers dennoch ein Ganzes ist, wenn er bewußt gute Arbeit liefert, durch diese sich dem Werk, durch Charaktererziehung und vaterländische Gesinnung aber der Gesellschaft und dem Staat unentbehrlich macht, ja deren Stütze ist. Er wird auch erfahren, daß dann der Lohn nicht ausbleibt: Betriebs-

Nach im farbigen Abganz des Theaters spiegelt sich der Geist der Zeiten, spiegelt sich das Geesse eines Volles. Wie der Künstler, wie der Dichter die Welt sah, ist eins der großen Probleme der Kunst- und geistesgeschichtlichen Betrachtungen des letzten Menschenalters gewesen. Die Theatergeschichte lehrt nun, wie die Welt der Dichter und sein Werk sah und sieht. Die Zeiten des Schillers Prologovort Geltung hatte, daß die Künsten Kunst schönst und spurlos vorübergehen sind lange vorbei. Heute sieht die Nachwelt den Mimen ihre Kränze, Welt und Leben vergangen. Einer Tage bishen in sinnlicher Kunst wieder an. Einen Mainz wird niemand vergessen, der sie gesehen und gehört hat. Die Wunder der Technik lassen Stimme und Klang auch für diejenige die ihn nicht mehr sahen, wieder ausleben, in die Formen des Theaters älterer Zeiten und durch die Bemühungen der Wissenschaft und der Kunst rekonstruierbar geworden. Wenn nun einer Stätte, wo mittelalterliche Kunst in Stein und Erz erhasen ist, der Versuch gemacht wird, die eigenthümlich transzendente Welt des Theaters der Vergangenheit und der Gegenwart einer zur Bezeichnung einfaehen Schau zu Leben zu erwecken, so soll damit nicht nur dem Worte Richard Dehmel's „Heister Ernst" höchstem Spiel gemacht werden, sondern es soll zu hoffen, daß hier in einem neuen noch so lange entdeckten Bereich geistesgeschichtlicher Betrachtung Kunst und Wissenschaft Förderung fahren werden.

Schöne Bücher



Jugendschriften für Knaben u. Mädchen, Sagen u. Märchen-Bücher, Bilderbücher in allen Preislagen.

Klassiker

Chamisso, 1 Band.
Grillparzer, 2 Bde.
Goethe, 12 Bände.
Hauff, 2 Bände.
Hebbel, 4 Bände.
Heine, 4 Bände.
Ibsen, 2 Bände.
Kant, 3 Bände.
Keller, G., 5 Bände.
Kleist, 1 Band.
Körner, 1 Band.
Lenau, 1 Band.
Lessing, 3 Bände.
Schiller, 4 Bände.
Scheffel, 2 Bände.
Storm, 3 Bände.
Stifter, 2 Bände.
Shakespeare, 4 Bde.
Uhland, 3 Bände.

Jeder Band vornehm ausgestattet, in Halbleder mit Goldschnitt und gutem Papier gebunden nur

6.00

Halbleder-Bände

Hauff, Lichtenstein
Kügelgen, Jugend-
Danke, Götli, Komödie
Casanova, Aben-
Sienkiewicz, Quo-
Tolstoi, Kreuzer Sonate
Storm, Novellen
Jacobsen, Niels
Gölhe, Faust I. und
II. Teil und Urfaust
Boccaccio, Dekameron
Heine, Buch der Lieder
Jokai, Narren der Liebe
Bradvogel, Friede-
Dostojewsky, Die Be-
Wilde, Bildnis der Dorian Gray

Jeder Band mit gutem Papier nur

3.65

Davidis Kochbuch 3.25

Ehrhardt-Mathis gr. 7.50

Opernführer 2.50

Zur Weihnachtszeit
empfehle:
Prima Gewürz-Spekulatius
à Pfund 1.60 Mk.
II. Butter-Spekulatius
à Pfund 2.- Mk.
allerfeinst. Mandel-Spekulatius
à Pfund 2.40 Mk.
Diese 3 Qualitäten sind unter Verwendung nur edelster Rohwaren hergestellt.
Lambertz-Printen
Lebkuchen-Fabrikate
der Firma **Haeberlein-Metzger**, Nürnberg
Ersklass. Künstler-Marzipane
der Firma **Giese**, Hamburg.
Schokoladen und Pralinen
nur erster Firmen, stets vorrätig
Süßbäckerei
u. Konditorei
Oskar Gunkel,
Königsplatz 5.

Heute

nachmittags 3 Uhr
wird das grosse
Spezial-Haus
für alle
Herren-Artikel
Alleestr. 103
Ecke Friedensstrasse
eröffnet

Mein Grundsatz

ausgesuchte Qualitäten
Riesen-Auswahl
fabrikhaft billige Preise
ist auch in diesem neuen Unternehmen verwirklicht.
Besuchen Sie mein Haus und prüfen Sie ohne jeden Kaufzwang.
Sie werden überrascht sein von der Fülle des Gebotenen.

Albert Böger
Hattingerstr. 103
Ecke Billowstr. Ecke Friedenstr.

Größte Spezial-Häuser für den Herrn

Gemälde-Verkauf

zu den denkbar billigsten Preisen.
Mittwoch, den 16. und Donnerstag, den 17. Dezember 1925, vormittags ab 11 Uhr bis 6 Uhr versteigere ich im oberen Saal des Dönhotel Kaiserhof, Obere Marktstraße im freiwilligen Auftrage:

ca. 60 Delgemälde
Münchener Meister

Prof. L. v. Zumbusch, Prof. Frz. v. Deitinger,
Prof. A. v. Keller, Prof. Math. Schmidt, Prof.
Joh. Wopner, Prof. Leo Samberger, Prof.
Hobermann, Prof. Karl Hoffner, Prof. Otto
Strübel, Prof. Jos. Schmitzberger, Prof. Daniel
Holt, Rüdiger, Lomalin, Haiberg, Kraus,
Prof. Heinrich Hermanns, Düsseldorf, Prof. Keller,
Reutlingen, Prof. Frd. Plösch usw.

Befestigung 1 Stunde vorher.
Dr. jur. Schönwald, Rechtsanwalt und Notar,
Wilhelmplatz 8.

Noch billiger!

Schlafzimmer,
eig. gerüst,
nur 395 Mark.
Küche,
breit, schwer gearbeitet,
moderne, feine Modelle,
nur 250 Mark.
Bekannt gute Qualität.
Ganzmöbel,
Schränke in allen Größen,
Bücher, Sofas, Bettstellen.
Überreste Preise:
Lieferung frei Haus!
Filto & Finger
Altestr. 12

Salon-Flügel

Nur kurze Zeit
gospilator
allererste Marke,
preiswert
zu verkaufen.
Pianohaus
H. Ger. Essen,
im Kornmarkthaus.

Schlegel-Bock



ge'ant ab 14 ds. Mts. zum Ausstoß.

Kohlen und Koks Anthrazitkohlen

von Zeche Langenbrahm liefern prompt
Gustav Gräfe G.m.b.H.
Bochum, Buddenbergstr. 9. Telefon 122

Beerdiungsanstalt

Heinr. Träger Ferdinand Träger
Dorsener Straße 98 Bessener Straße 18
Telephon 1144. Telephon 1000.
Eigenes Leichenauto für Überführungen.
Reichhaltiges Lager in allen Sorten Särgen.
Zuverlässige und reelle Bedienung.
25 jährige Erfahrung.

Hollmann'sches Konservatorium

Oktober 1. Bochum. 1925.

Offszanka-Pelze

beliebte Weihnachtsgaben
Wer auf grosse Auswahl
Wer auf gute Qualitäten
Wer auf billige Preise
Wer auf aufmerksame Bedienung
sieht, kauft im
Pelzhaus Offszanka
nur Bochum, Hochstr. 5.
Erläuterte Zahlungsweise.

Ia. Weizen-Kleie und Bolmehl, Ia. Roggen-Kleie und Bolmehl

zu Mühlenpreisen nur an Selbstverbraucher jedes Quantum laufend abzugeben durch:
Otto Vollmar, Bochum, Rheinischestr. 30. Fernr. 3168

Als passendes Weihnachts-Geschenk



Puppenwagen

in allen Ausführungen zu billigsten Preisen.
Kindersessel und Tische in Peddig und Welde.
In Kinderwagen u. Sportwagen reichhaltiges Lager.

Korbmöbel

in überaus grosser Auswahl
und gebe auf die im Fenster ersichtlichen billigen Preise noch **10%**



Spezialgeschäft W. Ruelius, Bochum Hattingerstraße 50
Telefon 2163

Jeder findet darin vorteilhafte Angebote.

genommen hat. In meinem Hause aber bestimme ich
und wen ich nicht sehen will, der kommt nicht hinein.
„Dein Haus ist auch das deiner Frau, die du selbst
zu seiner Herrin gesetzt hast.“
(Fortsetzung folgt.)

Arnsberg, die Hauptstadt des Sauerlandes.

Es ist uns wohl bewusst, daß sich das ehemalige kölnische Westfalen, welches den Namen Herzogtum Westfalen trug, nicht genau mit dem Namen Herzogtum Sauerland deckt. Der Name Sauerland ist modern und umfaßt das ganze südliche Gebirge, also auch Teile der ehemaligen Grafschaft Mark. Es hatte im Jahre 1180, als es an Köln gelangte, keine Hauptstadt, denn die kleine Grafschaft Arnsberg stand damals noch unter einem Herrscher, der aus dem Geschlecht der Grafen von Berg und Westfalen herrührte. Arnsberg bedeutet „Niederberg“. Im Wappen der Grafen von Arnsberg und der mit ihnen verwandten Geschlechter der Grafen von Berg und Westfalen hat sich immer ein Adler befunden. Arnsberg lag im Gau Westfalen, im Centgau, d. h. im Gerichtsbezirk Angerua (Engern). Wie im benachbarten Soest, die immer Stadt der Engern heißt, so herrschte auch in Arnsberg und Umgebung der engerrische Volksstamm.

Gegründet wurde Arnsberg um 1077, als das Schloß auf der Höhe des Berges entstand, das erst am Ende des siebenjährigen Krieges der Zerstörung anheimfiel. Der Gründer des Schloßes Arnsberg war Graf Konrad, der in der Geschichte des Kaisers Heinrich IV. eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Es liegt auf der Hand, daß in der Nähe des großen Grafenschloßes sich im Laufe der Zeit Bürger ansiedelten. Eine Stadtgründung war das zunächst nicht, vielmehr erhielt die Siedlung erst im Jahre 1238 durch den Grafen Gottfried Stadtrecht. In jener Zeit war das Stadtrecht von Lippspringe, das aus dem Jahre 1160 stammt, sehr beliebt und bevorzugt. Soeben war es von dem neugegründeten Hamm (1226) angenommen worden, kein Wunder, daß nun auch Arnsberg es zu seinem Recht erhob.

Der Name der Stadt gelangte aber durch seine Größe mehr zur allgemeinen Kenntnis und Verherrlichung als durch die Errichtung des Hauptstammes in Arnsberg. Die Gemeine ist aus den westfälischen Freigerichten hervorgegangen, deren Wurzeln bis in die vorchristliche Zeit zurückreichen. Westfalen wurden sie auch auf Karl den Großen zurückgeführt. Zu Anfang des 15. Jahrhunderts wurde Arnsberg Hauptstadt, ja Zentralstelle des ganzen Herrschaftsgebietes von Westfalen. Die Arnsberger Reformation von 1437 kam ein neues Gemeinrecht, das fortan als erste Gemeinrechtsquelle galt und weite Verbreitung erlangte. Fast jährlich trafen in Arnsberg alle Gemein-Kapitel zusammen, und so kann es nicht Wunder nehmen, daß Kaiser Friedrich der Arnsberger Stuhl den oberen Freistuhl und das Kapitel von 1490 das Oberstämmergericht zu Arnsberg nennt. Über der inneren Verfassung der Gemein-Kapitel nahm auch zu. Manche der Stuhlherren ergaben sich einem Raubrittertum der Justiz und mit dem Ende des 15. Jahrhunderts hatten die Gerichte der Gemeine ihre Bedeutung verloren. Auf dem sogenannten Wauwauhof in Arnsberg fanden die Sitzungen des obersten Gemein-Kapitels statt. Durch die Fürsorge des Kronprinzen und späteren Königs Friedrich Wilhelm IV. wurde der christliche Reich des obersten Freigerichtes 1817 vom Staate angekauft und erhalten.

Durch die Tatsache, daß Arnsberg Mittelpunkt der Gemein-Kapitel war, wurde es von selbst zur Hauptstadt des Herzogtums Westfalen erhoben. Dieses hatte einen Flächenraum von 2093 qkm mit etwa 150 000 Einwohnern. Bei dieser spärlichen Bevölkerung kann es nicht Wunder nehmen, wenn die Hauptstadt selbst nur eine sehr bescheidene Zahl von Bewohnern hatte. Als das größte Unglück, das die Stadt im Laufe der Jahrhunderte betroffen hat, ist die Zerstörung des prachtvollen oben erwähnten Schloßes am 19. April 1762 ein Tag zu bezeichnen. Auch die Stadt Arnsberg erlitt bei der Zerstörung des Schloßes erheblichen Brandschaden. Eine Wahl des Kurfürsten von Köln fand am 7. Oktober 1801 in Arnsberg statt, aber der erwähnte Kurfürst konnte sein Amt nicht antreten, da das Land 1803 dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt übergeben wurde. Als die Franzosen 1794 Köln besetzten, ließ das Domkapitel die Schätze des Domes nach Arnsberg in Sicherheit bringen. Erst 1803 wurde man die kostbare Reliquie wieder an die alte Stätte zurückzuführen. Das Jahr 1816 brachte die Verlegung der bisherigen preussischen Regierung in Hamm nach Arnsberg. Überher dieses Gedankens war in erster Linie der Oberpräsident v. Vinde. Der Regierungsbezirk ist augenblicklich einer der volkreichsten des preussischen Staates.

Aus der Nachbarschaft.

tz. Linden-Dahlhausen, 15. Dez. Bestätigung. Die hiesige Amtsparaphrase konnte die bisherigen Vorkenntnisse usw. nicht als Eigentum nennen. Die Sparmaßnahmen hat das Gebäude Poststr. Nr. 5 von der Firma Dr. Otto hierher durch Kauf erworben. Ferner gingen die Häuser Poststr. 1 und 3 von der bisherigen Eigentümerin, der Firma Dr. C. Otto in den Besitz der hiesigen Steinbohrerwerke, A. B., in Essen über. — Am vergangenen Sonntag hielt der Kreis-Kommunalrat Dr. Lapp in der Turnhalle der Volkshochschule den oberen Klassen fälligen Schulbesuch des Amtes einen an Hand von Lichtbildern erläuterten Vortrag über die erste Hilfsleistung bei Unfällen.

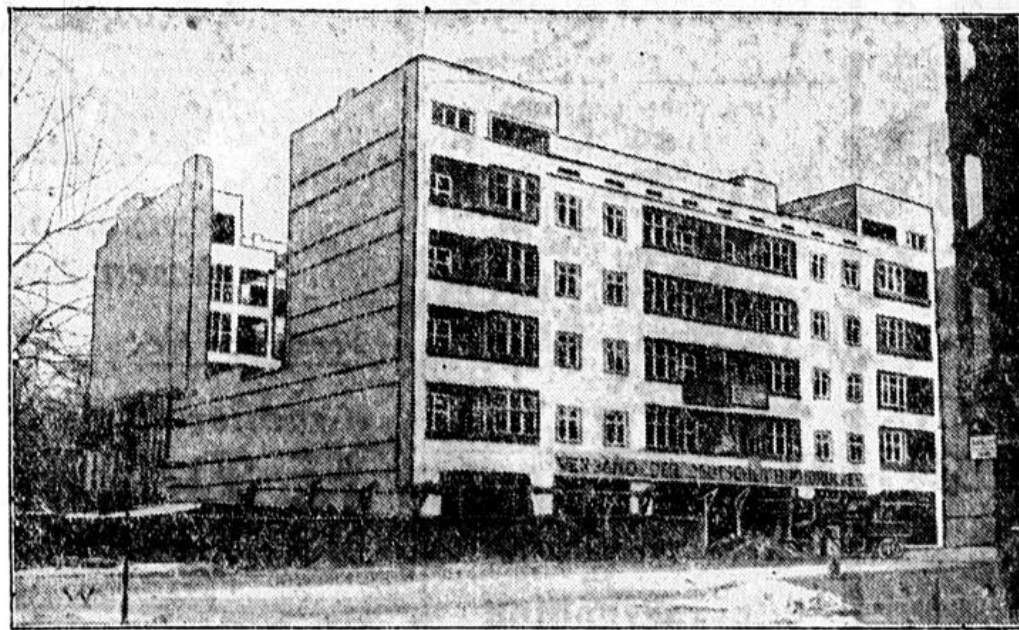
wl. Ramm, 15. Dez. Die Erweiterung des Osthafens. Die Erweiterungsarbeiten des Hanner Osthafens im Rhein-Spree-Kanal sind wieder aufgenommen worden. Sie sollen bis zum Frühjahr 1926 fertiggestellt sein. Nach der beabsichtigten Vergrößerung des Betriebsbahnhofes wird sich die Jahresleistung in beiden Häfen um eine Million Tonnen erhöhen.

wl. Sprachel, 15. Dez. Auswirkungen der Stilllegung von „Alte Haale“. Durch die Stilllegung der „Alte Haale“ und anderweitige Arbeiterentlassungen ist die Not in der hiesigen Bevölkerung sehr gestiegen. Von 5500 Einwohnern sind rund 1100 arbeits- und vertriebslos. Um der Not einigermaßen zu steuern, wurde von der Amtverwaltung die Auszahlung eines einmaligen Zuschusses an die Erwerbslosen und die Entsendung einer Abordnung nach Berlin beschloffen, die um eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und die Gewährung von Reichsschüssen für Notstandsarbeiten nachsuchen soll.

Aus den Provinzen.

wl. Buer, 15. Dez. Massenkündigungen im Staatsbergbau. Die angesagte Kündigungen

Moderne Bauten in Berlin.



Das neue Verwaltungsgebäude der Buchdrucker in der Dreilindstraße.

von 1400 Vernaarbeitern auf der Schachtanlage Bergmannshaus des Staatsbergbaues ist nunmehr ausgeführt worden. Welt über 500 Mann erhielten aber Anweisung, sich auf der Schachtanlage Besterhoff zur Arbeit zu stellen. Unter den Gefährdeten befinden sich Ausländer, Knapptätigkeitsinvaliden, welche Vorkentner sind und weniger als drei Kinder haben, sowie Doppelverdiener und Ledige.

wl. Hamm, 15. Dez. Große Mehlvorräte verbrannt. Durch Kurzschluss der elektrischen Leitung entstand in der Getreidemühle und Sägemühl Limhoff und Weber in Neesen bei Hamm Feuer, das sich rasch ausbreitete. Das Werk ist bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. 400 Tonerne Getreide und Mehl wurden ein Raub der Flammen.

wl. Barmen, 15. Dez. Ein frecher Raubüberfall wurde hier ausgeführt. Als der Kaufmann Vollen sich um Mitternacht auf dem Weg vom Geschäft zur Wohnung befand, wurde er von vier jungen Burken niedergebunden und ihm die Brieftasche mit 400 M. Bar Geld und zwei Schecks geraubt. Die Verursacher konnten noch nicht ermittelt werden.

wl. Duisburg-Weiden, 15. Dez. Zusammenstoß von Güterzügen. Auf dem Gelände der Rheinischen Stahlwerke fuhr infolge falscher Weichenstellung ein mit Reis beladener Güterzug in voller Fahrt seitlich auf einen Güterzug auf. Der größte Teil der Wagen des Reiswagens stießen sich ineinander, wobei sieben Reiswaggons vollständig zertrümmert wurden. Von dem Güterzug entfielen einige Wagen, wurden aber nur leicht beschädigt. Das Personal konnte sich durch rechtzeitiges Abpringen retten.

wl. Köln, 15. Dez. Das Konzert der Buchhändler. Aus der a. d. Lohn wird berichtet: Mit Erlaubnis der Direktion gab der 30 Mann starke Sängerkorps der Straßenschule ein öffentliches Konzert, zu dem sich mehr als 400 Zuhörer einfanden. Aus dem Konzert waren die Sänger die Mittel zur Beschaffung einer Weihnachtsgabe gewonnen.

wl. Köln, 15. Dez. Zwei Männer in einer Gaststätte erschlagen. Das Polizeipräsidium teilt mit, daß zwei in der Nacht zum 11. d. Mts. in die Gaststätte des ersten Polizeireviere, hier, wegen vollständiger Trunkenheit zu ihrer eigenen Sicherheit eingekerkert wurden. Nach gerichtlicher Feststellung ist der Tod durch Einwirkung von Stößen und Schlägen herbeigeführt worden. Am dem einen der Recken benutzten Stein hatte sich das Rohr gelöst. Die Recken wurden herbeigeführt, wobei der obere Kopfteil der Recken zerbrach, worauf der sofort eingeleitete Untersuchungsergebnis.

wl. Neuwied, 15. Dez. Seine eigene Frau vergiftet. In Varenradhof starb vor einigen Wochen plötzlich eine Frau unter verdächtigen Erscheinungen. Man nahm damals an, daß die Frau in einem Anfall geistiger Unmündigkeit durch Einnahme von Arsenik ihren Tod herbeigeführt habe. Nunmehr haben sich Verdachtsmomente ergeben, die erkennen lassen, daß die Frau einem Giftmord zum Opfer gefallen ist. Der Ehemann der Ermordeten und eine Schwägerin sind in Haft genommen worden.

wl. Ebernheim, 15. Dez. Landsturm in einem ehemaligen Separatisten. Welche Erregung heute noch weite Kreise gegen die ehemaligen Separatisten beherrscht, dafür bot ein Vorgang beim hiesigen Weihnachtsmarkt ein treffendes Beispiel. Einmalige Separatisten, die zuerst ihrer Zerkleinerung schäme, das Volk in der gemeinen Weise mißhandelt hatten, landeten hier beim Weihnachtsmarkt als harmlose Händler auf, um Ware zu verkaufen. Sie wurden erkannt. Eine Anzahl Burken riefen sich zusammen und schickten sich eben an, die Vaterlandsverräter mißhandeln ihrem Aum aufzunehmen, als die Polizei erschien und die Bedrängten in Schutz nahm. Unter starker polizeilicher Bedeckung wurden die Gefellen dann zur Bahn gebracht, wobei die erwähnte Menschenmenge unter Drohungen und Verwünschungen folgte.

Gerichts-Neitum.

Eine für die Schifffahrt wichtige Gerichtsentscheidung.

Eine für die Schifffahrt wichtige Entscheidung fällt das Schöffengericht in Mülhört. Das Wasserbauamt hatte einen holländischen Schiffsführer mit 15 M. bestraft, weil er die gezielte Bestimmung, wonach

jedes Fahrzeug auf deutschen Wasserstraßen alle fünf Jahre auf seine Betriebssicherheit untersucht werden muß, nicht eingehalten hatte. In der Gerichtsverhandlung erklärte der Verurteilte, daß die betreffende Verordnung während und nach dem Kriege kaum mehr beachtet worden sei. Das Gericht war aber der Ansicht, daß, wenn ein Gesetz infolge der Kriegsjahre einmal lässiger gehandhabt werde, es darum doch bestrafe und bestraft werden müsse, umfomehr, als es zum Schutze der gesamten Schifffahrt erlassen worden sei.

Eine ungetreue Kalkülelerin.

s. Einen ebenso schaden als plumpen Vertrauensbruch beging die Kalkülelerin Maria Abel aus A. n. i. g. s. e. e. gegenüber ihrem Dienstherrn. Sie war bei dem Wäschereibetrieb in Gelsenkirchen beschäftigt und hatte die Kalkülanlage an der Berlinerstraße in Steele zu verwalten. In dieser Stellung hat die ungetreue Kalkülelerin nach und nach eine Summe von 1800 M. vereinnahmter Gelder unterschlagen. Die Veruntreuungen erforderten sich über eine Zeit von mehreren Monaten. Als sie monatelang keine Abrechnung vorgenommen hatte, fiel es auf. Man nahm in der Hauptgeschäftsstelle eine Nachprüfung vor, und diese brachte dann die Unregelmäßigkeiten ans Tageslicht. Die Kalkülelerin hatte allerdings Einnahmen über angeblich abgelieferte Gelbbeträge vorgelegt, die aber gefälscht waren. Wie sich herausstellte, hatte sie die Einnahmen mit der Unterschrift des Wäschereibetriebes versehen und so den Einbruch erzwungen, daß sie die monatlichen Beträge an den Auslieferer abgeliefert habe. In Wirklichkeit aber hatte sie keinen Cent an den Auslieferer ausgeschüttet. Die veruntreuten Gelbbeträge waren bei der Aufdeckung der Verrechnungen restlos verlor. Die Kalkülelerin hatte sie nach und nach in Cafés ausgegeben und sich neu eingekleidet. Um die Veruntreuungen zu verbergen, hatte sie das Annahmehes vernichtet. Zur Rechenschaft gezogen, setzte sie sofort ein umfassendes Geständnis ab und erklärte sich bereit, die unterschlagenen 1800 M. ratenweise zu ersetzen zu wollen. Der geschädigte Wäschereibetrieb erstattete Anzeige, und so hatte sich jetzt die leichtsinnige Unachtsamkeit vor dem Schöffengericht in Essen zu verantworten. In der Verhandlung hielt die Angeklagte ihr früheres Geständnis in vollem Umfange aufrecht. Das Gericht billigte ihr mit Rücksicht auf ihre bisherige Unbedachtlichkeit mildernde Umstände zu und verurteilte sie wegen fortgesetzter Untreue und wegen schwerer Veruntreuung zu 3 Monaten 2 Wochen Gefängnis.

Sport-Neues.

Auch die Coppa Florio wird 1926 wieder ausgetragen.

Da die französische Automobil-Firma Peugeot die Coppa Florio, die sie in diesem Jahre endgültig gewonnen hatte, wieder zur Verfügung gestellt hat, wird auch dieses Rennen im Jahre 1926 wieder ausgetragen werden. Die Ausschreibung zur Targa Florio 1926 ist bereits ergangen.

Die Tennis-Meisterspieler an der Riviera.

Anlässlich der großen internationalen Turniere, die finden sich schon eine ganze Reihe Tennis-Größen an den in nächster Zeit an der Riviera ausgetragen werden, berühmlichen Gestalten Frankreichs, so die dort heimische Weltmeisterin Suzanne Lenglen, die Venus-Spieler Purcell-England und Roman Rajuch-Deutschland. Rajuch hat seine Form bis zur höchsten Vollendung abgerichtet und zeigte sich in einigen Schiffschlägen sehr erfolgreich. So schlug er mit der Lenglen als Partnerin das Herrenpaar Nord-Cholmondeley-Purcell mit 6:0 (1) aus dem Felde und siegte mit Nord-Cholmondeley als Partner über Suzanne Lenglen-Purcell mit 6:0, 7:5, 6:3. Im Herren-einzelkampf rang er Purcell mit 6:1, 7:5, 6:2 nieder.

Ein neuer amerikanischer Weltrekord-Schwimmer.

B. Lauffer aus Cincinnati schlug Weltmeisters Rekord im 150 Yards-Freistilschwimmen von 1:44,8 Min., indem er die Strecke in der neuen Weltrekordzeit von 1:43,6 Min. zurücklegte.

Bücher geht nach Charlottenburg.

Wie unserem Echten Mitarbeiter von dem bekannten westdeutschen Mittelständler mitgeteilt wurde, beabsichtigt Bücher zur Weiterentwicklung in seinem Verlage nach Berlin überzusiedeln. Bücher wird dem S. T. Charlottenburg beitreten, dem die Verfertigung seiner Remuneration sicher sehr gelegen kommt.

Eingefandt.

(Für Mitteilungen unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die persönliche Verantwortung.)

Glückseligkeit der Bochumer Turn- und Sportvereine.

Immer schlechter gestalten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen naturgemäß auch die Turn- und Sportvereine sehr zu leiden haben. Die erfolgreiche Tätigkeit dieser Vereine auf dem Gebiete der Selbstbildung, die insbesondere der heranwachsenden Jugend gilt, dürfte allgemein bekannt sein. Trotz spärlichen Wirtschaftens sind die Vereine heute kaum noch in der Lage, die laufenden Kosten zu decken, da die Haupteinnahmequelle, die Mitgliederbeiträge, durch die Arbeitslosigkeit vieler Vereinsangehöriger, eine starke Einschränkung erfahren haben.

In ganz besonderem Maße machen die Abgaben für die Benutzung der städtischen Turnhallen den Vereinen zu schaffen. Die hohe Belastung von M. 2.— für jeden Turnabend wird als unerträglich empfunden. Ebenfalls ist der Zustand, daß die Hausmeister, im Falle des Nichtzahlens, den Vereinen die Benutzung der Turnhallen verweigern dürfen, unannehmlich. Die Stadt Bochum hat eine offene Hand für Theater und Musik, warum behandelt sie die Turn- und Sportvereine so mißgünstig? Man sollte hier wirklich mehr Gerechtigkeit empfinden und Einsicht voraussetzen. Sollte die körperliche Erziehung und Ausbildung des Menschen weniger wichtig als die geistige sein? Ein gesunder Leib ist die Vorbedingung für die Gesundheit des Geistes und der Seele!

Jedenfalls wäre es sehr erwünscht, daß die städtischen Behörden den Turn- und Sportvereinen ein größeres Entgegenkommen als bisher zeigten, indem sie den Vereinen die Turnhallenbenutzungsgebühren ganz oder teilweise erlassen, wie dies bereits in den meisten anderen Städten geschehen ist. Hans Bachhaus, (Sprengmeister).

In Laer befindet sich zwischen Stadt und Bahnübergang die Haltestelle „Post“. Die Entfernung von hier bis Stadt beträgt ungefähr 150 Meter, während die Strecke von der Post bis Bahnübergang nahezu 400 Meter lang ist. Es ist nun vielen Bewohnern von Laer unverständlich, warum die Haltestelle sich nicht an der Ottostraße befindet. Es gibt nun deshalb nicht viele, die, wenn sie von Bochum kommen, bis zur Post fahren. Wäre aber die Haltestelle an der Ottostraße, dann würden dort mehr Fahrgäste ein- und aussteigen, als es jetzt bei der Post der Fall ist. Ich bitte hiermit die Verwaltung der Gelsenkirchener Straßenbahnen, im Verlangen der Gelsenkirchener und der Bewohner des mittleren Laers, daß die Haltestelle von der Post zur Ottostraße verlegt zu werden. J. M.

Bitte an den Herrn Stadtbaurat!

Lieber Stadtbaurat, ich bitte: Lenke doch einmal die Schritte nach dem schönen Wiemeshausen. In der „Wasserstraße“ draußen Dörten baut die „Stadt“ ein Haus. Das sieht schon ganz fertig aus. Trotzdem steht der Bretterzaun, wie da jedermann kann schau'n, Weithin über's Trottoir. Bis zum Nordfries, bald ein Jahr. Die nun hier 'ne Keimzelle' haben. Mühen durch den Schmutz tief traben. Wenn sie bis zur Straßenbahn-Haltestelle wollen gahn. Laß darum den Zaun fort fagen Und dann wieder Steine legen. Denn die Straße' gerichtet, — man höre, — Bochum wirklich sich zur Ehre! Lang schon harren Pfahlfestine, Daß man aufsteht sie recht seine. Hat man sie denn ganz vergessen? In der Altstadt unterdessen Tut man pflastern ohne Ende. Daß doch bald dein Sinn sich wende. Denn hier spritzt der Schmutz zum Himmel, Von dem vielen Fahrgewimmel! Daß sie pflastern, denn auch wir Zahnen Steuern längt dafür!

Ramens der vielen Hundert von Familien der Neustadt Wiemeshausen.

KATHREIN'S MALZKAFFEE

an Stelle des teuren Bohnenkaffees — und Sie sparen und bleiben gesund dabei. Der Gehalt macht's! — 1 Pfund nur 50 Pfg. —

Achtung

beim Einkauf!

Man verlange stets ausdrücklich **MAGGI Würze** und achte auf den Namen **MAGGI** und die gelb-roten Etiketten.

Die beste Garantie der Echtheit ist der Einkauf einer großen Originalflasche zu R. 1. 6.50, deren Verschluss plombiert ist.



Beileiden

aller Art, Krampfadern, Geschwüre, Venenentzündung, werden unter Garantie geheilt. Nach 4. ersten Verband sind Schmerzen und Schwellung beseitigt.

Belleben

Wanne, Oberhofstr. Nr. 8. Sprechst. von 1-9 u. 3-7. Samstags nachm. keine Sprechstunde. Auskunft kostenlos.

yn der heu-
 rdnung ge-
 rachten bei
 künftigen
 waren. We-
 che Hilfe ein-
 pper s
 ante, über d-
 ten die Ko-
 n helfen für
 ihr Sted
 einsamen A-
 natürlich n-
 g der Not
 Flugs mon-
 einlich, er-
 verpflich-
 chten die be-
 mit weite-
 000 M für
 000 M an
 000 M aus-
 Gebührigen
 brauchte n-
 r die Not k-
 n im gro-
 fsmahnm-
 schst hatte.
 bisher au-
 Ermerbesp-
 Polizeipr-
 Bräbium
 littenber ge-
 thnachten.
 Frühjäh-
 andgebung
 r lumbenla-
 jedoch nicht
 nen, sonder-
 mit ihnen
 städtischen
 ten sie sich
 von Trag-
 neten-Verf-
 Wohlfa-
 es auch h-
 städtischen

Anmeide-
 ister Dr. R-
 arat Die-
 s m a n n
 oll.
 Der Vor-
 merkslo-
 nen wieber
 ten-Ver-
 wurde i-
 itere Ant-
 swärtige
 Zur Ge-
 s Wort.
 ung, sonder-
 ab zog dann
 aus los. Er
 alium vor-
 agen werde
 ntage der
 Der Vor-
 s notwen-
 reichen. De-
 isen werde-
 his nach li-
 Die Wahr-
 wurde in der
 schlagenen
 erren erklä-
 rtwelt wurde
 kst. Dasel-
 vertreter
 schlage des
 rd ferner di-
 ishen wurde
 Von den
 ihm die Be-
 eanftandung
 lieber den

errichtete St-
 Der Abs-
 eennissnah-
 ste-Einnah-
 abe von run-
 und 1,8 Mil-
 abereft von
 Bei der i-
 einnahme a-
 und 29,1
 5 Mil. A.
 2 Mil. A.
 Bei der
 ste-Einnah-
 abe mit 5,5
 Ausgabe von
 Da die
 Anleihe mit-
 e, so wird
 rdinglich w-
 ischen Die-
 Die Zah-
 und spie-
 gegen li-
 über laufe-
 die. Soll
 31 353 579
 aus 1924 r-
 avel von V-
 nicht einma-
 n ist me-
 vtrlich ge-
 Städen un-
 rebung.

Das for-
 Steuerrech-
 und Staat
 neinben so
 durch aus
 unter dem
 zahlungen,
 ntweder g-
 var.

An Nu-
 luna 2015

Die wachsende Not in der Bochumer Bevölkerung.

Eine lange Aussprache im Stadtparlament. — Annahme eines Antrages betr. Zurverfügungstellung weiterer Mittel für das Wohlfahrtsamt zur Linderung der wachsenden Not der Bedürftigen.

Bochum, 15. Dez.

In der heutigen Sitzung trat die umfangreiche Tagesordnung ganz zurück hinter die Anträge, die von der Mehrheit der Räte zur Linderung der Not der Bedürftigen, besonders der Erwerbslosen, gestellt worden waren. Man war sich also über die Notwendigkeit einer Hilfe einig. Anstatt sich aber, wie Stadtr. Dr. K. H. P. von der Deutschen Volkspartei mit Recht betonte, über die Art der Hilfsmittel zu einigen, suchten die Kommunisten sich als die Hinzufügten, die allein helfen könnten. Sie hatten schon im sozialen Ausschuss ihr Ständepferd geritten, indem sie erklärten, dem gemeinsamen Antrag der anderen Parteien zur Linderung der Not nicht beizustimmen. Für sie kam es natürlich nur noch auf den Kampf um die Gelder an. Flugs wurde dem Sozialdemokraten im Ausschuss unheimlich, er fühlte sich förmlich als Konkurrenzgründen verpflichtet, gleichfalls abseits zu gehen. Darauf brachten die beiden Linksparteien besondere Anträge im Plenum ein, obwohl sie schon damals wußten, daß die Stadt weitere 100 000 M. für das Wohlfahrtsamt und 90 000 M. für Notstandsarbeiten zur Verfügung stellen mußte. Zu diesen letzteren 90 000 M. kommen noch 70 000 M. an Staatshilfe, sodaß im ganzen ohne die bereits ausgegebenen Mittel weitere 240 000 M. für die Bedürftigen gegeben werden sollten, unbeschadet der ausgedehnten konfessionellen Wohlfahrtspflege. Jedenfalls brauchte man heute sich nicht wundern, nachdem doch im großen und ganzen über die Notwendigkeit von Hilfsmitteln keine Meinungsverschiedenheit geherrscht hatte. Wir glauben, daß das Wohlfahrtsamt wie bisher auch weiter helfen wird. Ständig nimmt die Erwerbslosigkeit zu, und das erschütternde Bild, das der Polizeipräsident kürzlich von der Lage im Bezirk des Brühlums zeichnete, ist inzwischen wohl noch erschütternder geworden. Bei alledem stehen wir erst vor Beginn, und mehrere Monate trennen uns noch vom Frühjahr. Den Erwerbslosen, die heute eine große Rundgebung veranlassen, halten — das Rathausviertel war funkenlang durch ein Polizeiaufgebot abgesperrt — ist jedoch nicht dadurch geholfen, daß sie auf die Straße gehen, sondern nur ein belämmertes und ruhiges Verhalten wird ihnen das Wohlwollen der Bevölkerung und der städtischen Behörden erhalten können. Das sollten sie sich wirklich einmischen und nicht so leicht sich von Tragikern aufwiegeln lassen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat bereits wesentliche Beträge dem Wohlfahrtsamt zur Verfügung gestellt, sodaß es hat es auch heute wieder getan und wird im Rahmen der städtischen Mittel gewiß auch fernherhin helfen.

Unwesentlich waren am Magistratsstisch: Oberbürgermeister Dr. Ruer, Bürgermeister Dr. Geyer, Stadtbaurat Dieffenbach, die Stadträte Stumpf, Krümann, Thöne, Glasing, Magistratsrat Wolf.

Der Vorsitzende Silgenhof gab zunächst eine Reihe von Eingaben bekannt, darunter eine solche der Erwerbslosen. Auch zahlreiche kommunistische Anträge lagen wieder vor. Für den einen war die Stadtverordneten-Versammlung überhaupt nicht zuständig, ein zweiter wurde der Straßenbahngesellschaft überwiesen. Weitere Anträge betrafen die Vergütung von Arbeitern an auswärtigen Firmen.

Zur Geschäftsordnung nahm der Kommunist K. A. N. das Wort. Er sprach aber garnicht zur Geschäftsordnung, sondern begründete den Antrag der Erwerbslosen und zog dann gegen das Polizeiaufgebot vor dem Rathaus los. Er hat den Oberbürgermeister, beim Polizeipräsidenten vorstellend zu werden, daß die Polizei zurückgezogen werde. Im übrigen erklärte er sich mit dem Antrag der Erwerbslosen einverstanden.

Der Vorsitzende bezeichnete das Polizeiaufgebot als notwendig. Durch Rundgebungen könne man nichts erreichen. Den Bedürftigen könne nur durch die Tat geholfen werden. Darüber seien sich alle Fraktionen von rechts nach links einig.

Die Wahl von Schiedsmännern und Stellvertretern wurde in der üblichen Weise vorgenommen. Mit der vorgeschlagenen Wiederwahl begnügt. Neuwahl der einzelnen Herren erklärte sich die Versammlung einverstanden. Hierbei wurde für Herrn Becker Vektor D. o. f. e. neugewählt. Daselbe war der Fall bei der Wahl der Beisitzer u. Stellvertreter des Mietungsgesamts, wobei die Vorschläge des Hausbesitzervereins für die Vermieter-Beisitzer und ferner die Vorschläge für die Mieter-Beisitzer gutgeheißen wurden.

Von den Berichten über die Kassenprüfungen nahm die Versammlung Kenntnis. Sie gaben zu keinen Beanstandungen Gelegenheit.

Jahresabschluss für 1924

berichtete Stadtr. Schäfer (Str.):

Der Abschluß liegt dem Kollegium zur vorläufigen Kenntnisnahme vor. Aus der Selbstverwaltung wird eine Ist-Einnahme von rund 5 Millionen M., eine Ist-Ausgabe von rund 3,2 Mill. M. und ein Kassenbestand von rund 1,8 Mill. M. verzeichnet. Dabei verbleibt ein Ausgabebestand von rund 2 Mill. M.

Bei der laufenden Verwaltung berechnet sich die Ist-Einnahme auf rund 30,6 Mill. M., die Ist-Ausgabe auf rund 29,1 Mill. M. und ein Kassenbestand von rund 1,5 Mill. M. Dabei verbleibt ein Ausgabebestand von rd. 2,2 Mill. M.

Bei der außerordentlichen Verwaltung beträgt die Ist-Einnahme rund 27 Mill. M., denen die Ist-Ausgabe mit 5,5 Mill. M. gegenübersteht, sodaß eine Mehrausgabe von rund 2,3 Mill. M. entfallen ist.

Da die Ausgaben des Extra-Ordinariums zur Ausleihemitteln und Unterhaltungen gedeckt werden dürfen, so wird noch aufzuführen sein, ob die Ausgaben so dringlich waren, daß dazu die Einnahmen der ordentlichen Verwaltung herangezogen werden mußten.

Die Zahlen der Rechnerverwaltungen laufen nur durch und spielen in diesem Zusammenhang keine Rolle, dagegen ist wichtig, daß das wirkliche Soll der Einnahmen der laufenden Verwaltung 31 481 469,98 M., das wirkliche Soll der Ausgaben der laufenden Verwaltung 31 353 979,24 M. betragen und demnach ein Ueberschuß aus 1924 von 127 490,74 M. verbleibt. Wenn wir uns dabei vor Augen halten, daß der damalige Steuerbeschuß nicht einmal voll zur Ausführung gekommen ist, dann ist es ein durchaus günstiger Abschluß. Aus diesen Zahlen ist weiter zu entnehmen, daß die Finanzen der Stadt wirklich gesund sind, wesentlich gesünder als in den Städten und Gemeinden der näheren und weiteren Umgegend.

Das konnte allerdings nur erzielt werden durch eine Steuererhöhung, die in der rigorosesten Weise von Reich und Staat begonnen, notgedrungen auch von den Gemeinden fortgesetzt werden mußte. Ebenfalls sind dadurch aus der kranken Wirtschaft ganz erhebliche Beträge unter dem Namen Extragesteuer, in Form von Vorauszahlungen, herausgekommen, obgleich ein wirklicher Extragewinn garnicht oder nur in geringer Höhe vorhanden war.

An Ausgabebereiten bestehen noch aus der Rechnerverwaltung 2 015 576,84 M. aus der ordentlichen Verwaltung

2 266 597,85 M., zusammen 4 282 174,69 M. In diesen Summen sind Beträge enthalten, die den besonderen Zweckbestimmungen entsprechen, der Rücklageverwaltung zugeführt werden sollen in Höhe von 3 794 880,00 M., sodaß noch zur Verfügung bleiben 487 294,69 M.

Ich möchte annehmen, daß dieser Betrag als erspart angesehen werden darf, und bei der schließlichen Abrechnung als Mehrüberschuß in die Erscheinung treten wird. Jedenfalls wird es einer besonderen Begründung bedürfen, wenn über diese Summe anderweitig verfügt werden soll. Es ist aber recht erfreulich, daß die Stadt wieder mit Rücklagen arbeiten kann.

Der Berichterstatter beantragte, die aus 1924 verbleibenden Mehr-Einnahmen von 127 490,74 M. in die Abrechnung für 1925 zu übertragen. Mit diesem Antrag erklärte sich der Magistrat einverstanden.

Dieser Antrag fand unter gleichzeitiger Genehmigung des Jahresabschlusses einstimmige Annahme.

Wirtschaftsbericht 1925

gab dem Stadtr. Schäfer (Zentr.) zu folgenden Ausführungen Anlaß:

Der Magistrat hat den Wirtschaftsbericht nach dem Stande vom 1. November 1925 vorgelegt. Es ist daraus zu entnehmen, daß gegenüber dem Haushaltsplan mit einer Mindereinnahme von 203 900 M. und einer Mehrausgabe von 1 302 900 M. gerechnet wird, sodaß ein Reichtum von 1 515 000 M. zunächst verbleibt. Von den verschiedenen Verwaltungszweigen werden Mehraufschüsse gefordert. Um nur die größten Beträge herauszunehmen, so verlangt die Polizei-Verwaltung ein Mehr von 250 000 M. Da diese Belastung auf gesetzlicher Grundlage beruht und nach der Kopfzahl der städtischen Bevölkerung berechnet wird, so kann gegen diese Mehraufschüsse nichts unternommen werden. Der fahrl. Zuschuß für die Polizei beträgt hiernach 553 000 M. Bei der Bauverwaltung werden 82 000 M. mehr gefordert, wovon der größte Teil auf den Bau des Rathauses entfällt, der fahrl. Zuschuß beträgt insgesamt 1 216 000 M.

Die Betriebsverwaltung erleidet durch Stilllegung einer Ziegelei einen Ausfall von 30 000 M., die Hauptverwaltung erfordert einen Mehraufschuß von 66 000 M.

Das Stadttheater berechnet einen Einnahme-Ausfall von rund 80 000 M. und eine Mehrausgabe von 100 000 M., sodaß der städtische Zuschuß sich auf rund 628 000 M. erhöht; bei dem Dröbeler wird gleichfalls eine Mindereinnahme von 41 000 M. in Aussicht gestellt und eine Mehrausgabe von 13 000 M., wodurch der Zuschuß auf 196 000 M. erhöht wird. Diese beiden Zuschüsse erfordern im laufenden Jahre einen städtischen Zuschuß von insgesamt 824 000 M.

Die Finanzverwaltung berechnet eine Mindereinnahme von 828 000 M. In dem Haushaltsplan war ein ungebederter Reichtum von 1 390 000 M. aufgeführt, den wir vom Reich erhofften. Tatsächlich wird durch den Finanzausgleich nur eine erhöhte Einnahme von 320 000 M. zu erwarten sein. An Steuern sind 232 000 M. mehr eingegangen, dabei ist nicht berücksichtigt, daß bei der Gewerbesteuer ein Ausfall entstehen wird, der erst nach Abschluß der Veranlagung zu Beginn des nächsten Jahres festgestellt werden kann. Jedenfalls ist zu begrüßen, daß durch das Gewerbesteuer-Umverteilungsgesetz endlich eine Veranlagung vorgeschrieben und dadurch eine brauchbare Unterlage für die folgenden Jahre geschaffen wird. In der bisherigen Praxis konnte die Verteuerung unmöglich fortgesetzt werden. Es ist jedenfalls ein Zeichen der Zeit, daß 600 000 M. für Steuern gestundet werden müssen.

Die Finanzverwaltung hofft, durch Ersparnis in allen Verwaltungszweigen den jetzt noch verbleibenden ungebederten Reichtum von 1 515 000 M. bis zum Jahresabschluß ganz zu befestigen, sodaß eine weitere Steuererhöhung vermieden wird.

Zum Wirtschaftsbericht, zu dem der Berichterstatter schließliche Zustimmung zu den bereits veröffentlichten Magistratsanträgen beantragte, brachte der Kommunist K. A. N. einen Antrag ein, wonach alle Stundungs- und Ratensatzungsgebühren nachgeprüft werden sollen. Dann beschloß er sich begründet, sodaß besonders mit den Mehrausgaben für die Polizei (währenddessen ertönen dröhnen auf der Straße ostentative Rufe, die unverständlich blieben). Man wäre dem Oberbürgermeister für Folge in der Wohnungsfrage eher dankbar gewesen als für die Verlegung des Polizeipräsidiums. Zum Schluß empfahl er die Annahme des kommunistischen Antrages.

Bürgermeister Dr. Geyer trat nachdrücklich für Sparmaßnahmen namentlich beim Theater ein. Die künstlerischen Leistungen sollten dadurch nicht beeinträchtigt werden. Was das Arbeiten in der Steuerverwaltung anbelangt, so sei hier eine sehr große Arbeit zu leisten. Es gehe aber nicht an, die gegenwärtige wirtschaftliche Not außer acht zu lassen. Das führe weiter als Zwangsmaßnahmen. Die Behandlung der Stundungs- und Ratensatzungen solle sich nach den Umständen richten. Er hat, dem kommunistischen Antrag nicht zustimmen. Der Rechnungsausschuß habe bisher seine Arbeit zur vollen Zufriedenheit erledigt.

Stadtr. Pöppe (Kommunist) vermachte, obwohl er die Geduld der Zuhörer auf eine recht hohe Probe stellte, Sachliches zum Wirtschaftsbericht überhaupt nicht zu sagen (während seiner langen Rede ertönen ermutigende Zurufe von der Tribüne).

Stadtr. Levernann (Komm.), der wieder erst-malig in der Versammlung erschienen war, sprach gegen die Stundungen, gegen die Mehraufschüsse für die Polizei und gegen die zu geringen Mehrausgaben für das Bauamt. Er wurde hierbei zur Ordnung gerufen, als er die vorhergehenden Ausführungen des Bürgermeisters als lazes Geschwätz bezeichnete. Er behauptete, daß in Bochum nichts für die Unbemittelten getan werde.

Bürgermeister Dr. Geyer erklärte, daß er in den Ausführungen des Stadtr. Levernann keine Beleidigung erblickt habe. Ueber den Wert der Levernannschen Rede habe er schon seine Auffassung.

Der kommunistische Antrag wurde hierauf gegen die Kommunisten abgelehnt.

Schließlich fanden die Magistratsanträge zum Wirtschaftsbericht Annahme.

Als Vizepräsident des Sparkassenvorstandes für 1926 28 wurden Stadtr. Weidemann (Komm.) und Stadtr. Klein (Zentr.) wiedergewählt; als stellvertretende Mitglieder Vagener-Beckert, Zellmich und Stadtr. Dr. K. A. N. (Zentr.). Der vorgeschlagene Neufestsetzung und Veränderung von Zuschüssen — wir haben darüber bereits berichtet — stimmte die Versammlung zu. Ueber die Neuordnung der Besoldungs-verhältnisse, insbesondere der städtischen Beamten berichtete Stadtr. Geyer (Zentr.). Dazu lag ein Antrag des Besoldungsausschusses vor, nach dem der Oberbürgermeister in Gruppe XIV, dazu freie Wohnung, Licht und Heizung, der Bürgermeister in Gruppe B III mit einer Aufwandsentschädigung in Höhe von einem Viertel der Bezüge, die Stadträte in Gruppe 12 III (bisher 12 I), und zwei Beamte im

besonderen in Gruppe 13, sie standen bisher in der Mitte zwischen Gruppe 12 und 13, eingestuft werden sollen.

Bezüglich der Aufwandsentschädigung des Oberbürgermeisters war man im Besoldungsausschuß noch nicht zu einem Entschluß gekommen.

Es entspann sich darüber eine ausgedehnte Aussprache.

Stadtr. Ostwald (Zentr.) meinte, es gehe nicht an, hier in Bochum für die Beamten allein etwas zu unternehmen. Im übrigen stimmte der Redner den Anträgen des Besoldungsausschusses bei. Die Einstufung der beiden Beamten in Gruppe 13 zu.

Der Kommunist K. A. N. sprach gegen die Gehälter der Magistratsmitglieder und forderte einen Abbau. Dazu stellte die kommunistische Fraktion noch einen besonderen Antrag, der die Staatsregierung eruchte, einen allgemeinen Abbau der Beamtengehälter mit höchstens 10 Gruppen vorzunehmen.

Stadtr. Meiners (Zentr.) beantragte, dem neuen Stadtoberhaupt aus Billigkeitsgründen gleichfalls eine Aufwandsentschädigung zu gewähren.

Stadtr. Surmann (D. V.) bezeichnete es mit Recht als müßig, über die Vorlage noch lange Worte zu verlieren. Man müsse die ganze Frage vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus prüfen. Der Entwurf der beiden Beamten nach den Vorschlägen des Besoldungsausschusses stimmten seine Freunde zu. Wenn der Oberbürgermeister keine Aufwandsentschädigung erhalten solle, bagegen der Bürgermeister, dann bewunderte er den Mut eines ablehnenden Standpunktes.

Stadtr. Surmann (Zentr.) bezeichnete die Gehälter der oberen Beamten als nicht mit den wirtschaftlichen Verhältnissen im Einklange stehend. Im Besoldungsausschuß habe die sozialdemokratische Fraktion jedoch den vorliegenden Vorschlägen zur Besoldungsregelung zugestimmt. Eine Neuordnung der Gehälter sei aber notwendig. Auf eine bestimmte Gehaltsstufe lege sich die so. Fraktion nicht fest. Stadtr. Ostwald (Zentr.) war der Ansicht, daß mit der Festlegung einer Aufwandsentschädigung des Oberbürgermeisters eine Mehrbelastung eintreife. Die Sache sei nicht abzuheben, sondern verlegt. Stadtr. Böhm (Zentr.) sprach gegen die hohen Beamtengehälter und trat in einer kurzen Erklärung für Sparmaßnahmen ein. Stadtr. Geyer (Zentr.) war der Ansicht, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage keine Steuern mehr eintommen würden. Die Wirtschaft liege vor dem Zusammenbruch. Das heute höhere Bezüge bei Staat und Gemeinden gezahlt werden als in der Privatindustrie, müsse jeder. Alles andere werde sich durch die wirtschaftliche Entwicklung ergeben. Es sei unbillig, dem Bürgermeister eine Aufwandsentschädigung auszubilligen, und dem Oberbürgermeister nicht. Stadtr. Meiners (Zentr.) wiederholte seinen Antrag, dem Oberbürgermeister gleichfalls eine Aufwandsentschädigung zu gewähren.

Stadtr. K. A. N. (D. V.) versuchte der weiteren unfruchtbaren Aussprache dadurch, die Spitze abzubrechen, daß er die Frage aufwarf, ob man sich denn nicht auf die Vorlage des Besoldungsausschusses einigen könne. Wenn das nicht möglich sei, würden wir dem Magistratsantrag nicht zustimmen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde zunächst der kommunistische Antrag abgelehnt.

Der Entwurf des Oberbürgermeisters wurde nach dem vorerwähnten Vorschlag abgelehnt, eine Aufwandsentschädigung aber gegen die Linke und Zentrum abgelehnt. Abgelehnt wurde auch die höhere Einstufung der Stadträte. Dagegen fand die Einstufung des Bürgermeisters mit der Aufwandsentschädigung und die Einstufung der beiden Beamten in Gruppe 13 Annahme. Die Versammlung stimmte weiter der Abgabe des Besoldungsausschusses für das Polizeipräsidium an den Staat zu.

Für die holländische Gemeinde Burculo wurden 1000 Mark bewilligt.

Es kamen dann zur Verhandlung die vorliegenden Anträge zur Linderung der Not.

Die Kommunisten hatten sich mit einem Antrag der Erwerbslosen einverstanden erklärt, der 50 M. für den Erwerbslosen, 30 M. für dessen Ehefrau und 10 M. für jedes Kind forderte.

Die Zentrumsfraktion hatte an den Magistrat folgenden Antrag gestellt:

Bei den letzten Beratungen in der Stadtverordnetenversammlung betr. Unterstützung Hilfsbedürftiger, hat die Zentrumsfraktion den Antrag gestellt, daß, wenn die vorgeschlagenen Mittel nicht ausreichen, der Magistrat weitere Mittel von der Stadtverordnetenversammlung anfordern solle. Die Not liegt in weiten Volkskreisen unserer Bevölkerung andauernd drückend mit der immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage. Das Wohlfahrtsamt steht vor der Tür. Wir eruchen nun den Magistrat, dem Wohlfahrtsamt weitere notwendige Mittel zur Verfügung zu stellen, um noch vor Weihnachten der großen Not zu helfen zu können.

Weiter hatten die Deutschen Nationalen folgenden Antrag an das Wohlfahrtsamt gestellt:

Wir bitten das städtische Wohlfahrtsamt zu veranlassen, soweit es in seiner Macht steht und soweit die ihm zur Verfügung stehenden Mittel reichen, die Stellung der Bedürftigen weiter auszubauen und für Wärmegelegenheiten in den verschiedenen Stadtteilen nach Möglichkeit Sorge zu tragen. So wird die Not der Bedürftigen der Stadt, die sich auf die verschiedenen Kreise unserer Bevölkerung erstreckt, auf die beste Weise, wie durch die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und sonstige Hilfe für die in ihrem Erwerbsleben schwerer kämpfenden gelindert werden können.

Die Deutsche und Deutsch-nationale Volkspartei hatte weiter folgendes beantragt:

Wir bitten die Stadtverordneten, die vom Magistrat angeforderte Auffüllung von Warmteln auf die Höhe von M. 250 000 und M. 100 000 für Notstandsarbeiten für die Bedürftigen der Stadt Bochum zu bewilligen.

Ein sozialdemokratischer Antrag forderte 350 000 M. für die Bedürftigen.

Den Antrag des Zentrums begründete Stadtr. Engel.

Dann nahm der Oberbürgermeister zur Finanzlage der Stadt Stellung. Diese Finanzlage sei nicht und solle es nicht sein, sodaß die Wirtschaft, die Stadtverwaltung müsse die durch die Wirtschaft und Verwaltung gezogenen Grenzen einhalten. Hier müsse es heißen, sich auf das Notwendige zu beschränken.

Stadtr. Glasing teilte mit, daß die Zahl der Hilfsbedürftigen sich sehr vermehre. Zurzeit seien es über 10 Prozent der Bevölkerung.

Es sei verführt worden, die zur Verfügung stehenden Mittel gerecht zu verwenden. Man sei sogar über die vorhandenen Mittel hinausgegangen, um den Bedürftigen schon etwas zu geben. Es seien schon im Oktober Kartoffeln und Kohlen gegeben worden. Zurzeit seien es jetzt wieder 5 Zentner Kohlen gegeben und noch der

Familiengröße bis zu 5 Zentner Kartoffeln gegeben werden. (In diesem Augenblick wird der Redner von einer nervösen Spannung befallen und muß hinausgeführt werden. Der Vorsitzende unterbricht hierauf die Sitzung für eine Viertelstunde.)

Nach Wiedereröffnung wünschte der Vorsitzende dem Erkrankten ein baldiges Wiedererlangen. Auf dessen weiteren Bericht wurde verzichtet.

Stadtr. Diefellamp (Komm.) lehnte die Begründung des Stadtr. Engel ab. Der Redner versuchte dann den Antrag der Erwerbslosen zu begründen.

Bürgermeister Dr. Geyer betonte, daß man sich im Wohlfahrtsausschuß eingehend über die Abhilfe der Not unterhalten habe. Weitere 100 000 M. für die Bedürftigen zur Verfügung gestellt. Dazu komme ein Betrag von 90 000 M. für Notstandsarbeiten und ein solcher von 70 000 M. als Staatsbeihilfe. In besonderen Fällen seien Barmittel vorzuziehen. Der Magistrat habe keine Vorlage gemacht, sondern sich darauf beschränkt, von den bereits vorhandenen Plänen der Stadtverordneten-Versammlung Kenntnis zu geben.

Stadtr. Kallenbach (Zentr.) trat für den sozialdemokratischen Antrag ein. Am besten sei den Bedürftigen durch Arbeitsbeschaffung zu helfen. Das sei bisher in zu geringem Umfange geschehen. Aus gesellschaftlichen Gründen würde aber der Antrag der Erwerbslosen zu Schwierigkeiten führen. Es müsse auch allen Bedürftigen geholfen werden.

Stadtr. Kallenbach (Zentr.) trat für den sozialdemokratischen Antrag ein. Am besten sei den Bedürftigen durch Arbeitsbeschaffung zu helfen. Das sei bisher in zu geringem Umfange geschehen. Aus gesellschaftlichen Gründen würde aber der Antrag der Erwerbslosen zu Schwierigkeiten führen. Es müsse auch allen Bedürftigen geholfen werden.

Der Kommunist K. A. N. verlor sich in einer langen Polemik gegen die anderen Parteien.

Stadtr. Kallenbach (Zentr.) macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, darauf hinzuwirken, daß alle Städte sich an die Regierung betr. Einleitung von Hilfsmitteln wenden sollten. Er begründete dann im einzelnen nochmals den Zentrumsantrag. Eine Bedürftigkeit könne auch in den einen oder anderen Falle größer als im Durchschnitt sein.

Stadtr. Dr. K. A. N. (D. V.) gab folgende Erklärung ab:

Im sozialen Ausschuss ist die Mehrzahl der Meinung gewesen, daß das, was die Stadtverwaltung zur Verfügung stellt, das Mögliche und im Augenblick das einzig Mögliche sei. Bei der Abstimmung hat aber der Kommunist Diefellamp erklärt, er schließe sich dem nicht an. Darauf erklärte der Sozialdemokrat Kallenbach, wenn der Kommunist so handle, könne die Sozialdemokratie das auch nicht. Es ist unter seinen Umständen aber gut, daß die einzelnen Parteien mit Anträgen kommen und sich mit diesen Anträgen zu überlegen suchen und damit nichts anderes wollen, als nach außen hin eine warmherzige Geste zu machen. Warum kann man darauf nicht verzichten? Das Thema ist zu ernst, als daß wir sagen dürfen, wir müssen mit diesen Anträgen noch andere Zwecke verfolgen. Es sollte kein Nebenzweck hineingetragen werden. Wir dürfen auch die Hilfe der Vereine nicht zurückweisen. Wir sollen auch nach außen hin nicht Vorwürfe erheben. Was irgendwem geschehen kann, wird geschehen. Die Auszahlung eines Vertrages ist jedoch unzumutbar. Auch die sachlichen Leistungen müssen mit in die Erscheinung treten.

Stadtr. Thöne stellte in Bezug auf eine kommunistische Versicherung fest, daß im Arbeitsamt überhaupt keine Damen beschäftigt seien. Arbeitsbeschaffung sei nur durch Schaffung von Notstandsarbeiten möglich. Die Unterhaltungsarbeiten kämen in jeder irgendwie denkbaren Form, die das Gesetz zulasse, zur Auszahlung.

Stadtr. Dr. K. A. N. (D. V.) trat für Gewährung eines bestimmten Betrages ein.

Stadtr. K. A. N. (D. V.) bezeichnete es als notwendig, daß die Fürsorge sich auf alle Bedürftigen ausstrecke. Wenn alle Fälle, die die Kommunisten aufzählten, dem Wohlfahrtsamt mitgeteilt würden, könnte eher geholfen werden. Mit dem fahrl. Wohlfahrtsamt ständen die konfessionellen Wohlfahrtsämter in enger Verbindung. Sie würden sich sehr freuen, wenn dem Wohlfahrtsamt auch von den anderen Parteien so geholfen würde wie von rechts. (Unruhe links.)

Stadtr. Surmann (Zentr.) wiederholte den sog. Antrag und empfahl nochmals seine Annahme.

Bürgermeister Dr. Geyer erklärte es für notwendig, in kurzer Zeit 240 000 M. für die Wohlfahrtspflege flüssig zu machen. Eine größere Summe könnte die Finanzverwaltung nicht zur Verfügung stellen. Neben der sozialen Erwägungen müssen auch die finanziellen Gesichtspunkte in Betracht kommen. Nicht nur zu Weihnachten, sondern auch nachher müsse geholfen werden.

Stadtr. Levernann (Komm.) versuchte die Haltung der Deutschen Volkspartei anzugreifen, ohne über seine engeren Parteifreunde hinaus zu übergangen.

Stadtr. Kallenbach (Zentr.) suchte die Ausführungen des Stadtr. Dr. K. A. N. über die Haltung der Sozialdemokraten zu widerlegen und geriet darüber in eine wenig sachliche Erregung, mit der er nur auf der Tribüne weilt.

Stadtr. Dr. K. A. N. (D. V.) erklärte sehr ruhig, daß die Linke sehr übel mit ihm verfahren sei, und fußt dann fort: Wer aber ist im sozialen Ausschuss von der Plattform abgerückt? Das war der Kommunist Diefellamp und der Sozialist Kallenbach. In Vertretungsausschuß ist vor den Anträgen vom Magistrat mitgeteilt worden, wie die städt. Verwaltung der Not helfen wolle. Wenn das aber so gewesen ist, dann ist der kommunistische und sozialistische Antrag nur ein Geste.

Stadtr. D. A. N. (D. V.) betonte, daß genug geredet worden sei. Die evangelische Wohlfahrtspflege treibe keine Agitation. Daselbe gelte von der katholischen. Es hat die kommunistischen und sozialistischen Frauen, das zu den Speisungen zu kommen. Die kommunistische Partei solle mehr Ehrfurcht vor grauen Haaren zeigen. Sie habe keine Familie mehr, für die sie sorgen könne. (Aufruf zur Ruhe der Tribüne drohte der Vorsitzende die Klammerung der letzteren an.)

Es sprachen dann noch zwei Kommunisten.

Die Abstimmung.

Der Antrag der Kommunisten wurde gegen die Antragsteller abgelehnt.

Der Antrag der Sozialdemokraten verfiel gegen Rechte und Zentrum gleichfalls der Ablehnung.

Dagegen fand der Zentrumsantrag mit der Linke und dem Zentrum Annahme.

Infolgedessen konnte über den Antrag der Rechte nicht mehr abgestimmt werden. Dazu erklärte der Magistrat, daß sie sich mit der Ablehnung des Zentrumsantrages keineswegs gegen die Fürsorgeanstalten an sich haben werden wollen. Stadtr. Dr. K. A. N. (D. V.) erklärte dazu noch, daß das Zentrum gegen im sozialen Ausschuss bereit gewesen sei, den heutigen Antrag zu unterstützen.

Demgegenüber bekannte Stadtr. Engel (Z.), daß ein Einigung im Ausschuss auf diesen Antrag tatsächlich nicht zustande gekommen sei.

Wie sich aber aus weiteren Bemerkungen der Rechte ergab, hatte der Berichterstatter im Ausschuss darüber keine Erklärung abgegeben.

Schluß der öffentlichen Sitzung: 9 Uhr.

